



Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Von Kurt Bangert

Was verstehen wir unter der Globalisierung?

Der Ausdruck „Globalisierung“ darf ohne Übertreibung zum zentralen Begriff der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts erklärt werden. Vor 1990 tauchte er in keinem Wörterbuch auf. Erst danach erfreute er sich immer größerer Beliebtheit als begriffliche Beschreibung einer Internationalisierung, die ganz neue Dimensionen angenommen hatte. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde er noch 1993 ganze 34-mal erwähnt. Inzwischen zu einem Reizwort für viele geworden, wurde er im Jahr 2000 immerhin über tausend Mal in der FAZ abgedruckt. Dabei sehen die einen hinter diesem Begriff eine Fülle von Chancen und Möglichkeiten, während Kritiker vor allem die Globalisierungsrisiken beschwören.

Eines ist klar: Die Globalisierung kann man nicht wegreden, nicht wegdiskutieren oder weg demonstrieren; denn sie ist ein Faktum, eine unausweichliche Tatsache, der man sich stellen muss. Wir leben heute in einer schrumpfenden Welt, die wir sprachlich nicht mehr in eine erste, zweite oder dritte zerteilen, sondern zunehmend als „die eine Welt“ begreifen, die zu einem globalen Dorf zusammengewachsen ist und weiter zusammenwächst. Dabei sind wir – anders als etwa bei der Wiedervereinigung Deutschlands – nicht ganz sicher, ob hier zusammenwächst, was auch wirklich zusammengehört.

Dank der Raumfahrt haben wir jedenfalls gelernt, uns die Welt als den blauen Planeten vorzustellen, wie er auf den im All aufgenommenen Fotos erscheint. Und wenn wir uns diesen kleinen Erdball mit seiner dünnen, labilen Atmosphäre anschauen, ahnen wir etwas von den Bedrohungen durch Treibhauseffekt und Ozonloch. Wir erkennen die unterschiedlichen geographischen und kulturellen Lebensräume als einen einzigen großen Organismus, dessen Lebensfähigkeit vom reibungslosen Zusammenwirken aller seiner Organe abhängt. Krankt ein Organ, leiden andere mit. Unser erwachtes Bewusstsein für die ökologische Instabilität hat die Erde schrumpfen lassen, obwohl wir noch nicht gelernt haben, mit diesen Bedrohungen umzugehen.

Aufgrund des immer enger werdenden Netzes von Fluglinien und dank der immer günstiger werdenden Flugtickets reisen wir heute zu den entlegensten und exotischsten Punkten der Erde. Unerforschte „weiße Flecken“ gibt es schon lange keine mehr. Wir fliegen mit der gleichen Selbstverständlichkeit nach Hongkong, Sydney oder Rio wie unsere Urgroßeltern von Frankfurt nach Mainz oder von Berlin nach Potsdam reisten. Der Preis für eine Meile Flug ist in den letzten 50 Jahren von umgerechnet einem halben Euro auf bloße zehn Cent gesunken.¹ Gerade wir Deutschen können fast ungehindert in alle Staaten dieser Welt einreisen. Mancher von uns versteht sich vielleicht etwas großspurig als „Weltbürger“, obwohl wir nach wie vor unserer eigenen Kultur verhaftet sind.

Aber auch kulturell droht die Erde zu schrumpfen. Rund um den Globus gibt's Coca Cola und Big Mac, Maradona und Michael Jackson, Mickey Mouse und Michelle Pfeiffer. Die Aushängeschilder der USA sind oft sogar im tiefsten Busch bekannt. Läuft alles auf eine multikulturelle Einheitsgesellschaft hinaus? Viele befürchten, die Globalisierung werde sich vorwiegend als eine amerikanische entpuppen, die das Etikett „Made in USA“ trägt.

¹ Von 68 auf 11 US-Cent, gerechnet in Dollar von 1990. Siehe Martin Wolf, „Markt für die Armen“, in: epd-Entwicklungspolitik, August 97, S. 12.



Amerikanische Produkte und Pop-Ikonen sind allgegenwärtig. Die einzig verbliebene Supermacht dominiert die Welt sprachlich, wirtschaftlich, politisch und militärisch und ist fleißig dabei, sich den Globus auch in kultureller Hinsicht untertan zu machen.

Amerika hat der Welt auch den elektronischen Rechner und das Internet gegeben. Microsoft ist der Softwarelieferant der Welt und Englisch die Computersprache. Desktop und Laptop sowie das World Wide Web haben eine neue Dimension der Internationalisierung geschaffen, die es bis zu den neunziger Jahren in dieser Form nicht gab. Zusammen mit dem Computer sind es vor allem die Medien und Kommunikationstechnologien, die die Welt haben schrumpfen lassen: Wir telefonieren, jetzt auch mobil, mit der entferntesten Pazifik-Insel, faxen unseren Geschäftspartnern in Singapur und New York in Sekundenschnelle unterschriftsreife Kaufverträge, tauschen E-Mails mit Freunden in Südafrika und Kollegen in Los Angeles aus und surfen per Internet über alle Grenzen und Kontinente hinweg. Ich kann mittlerweile aus dem tiefsten afrikanischen Busch, wo es weder Elektrizität noch fließendes Wasser gibt, meine Kollegen im deutschen Büro oder Freunde in San Francisco anrufen. Telefongebühren für Ferngespräche sind in den letzten Jahrzehnten – sogar in absoluten Dollarbeträgen – deutlich gesunken. Auch Fernsehübertragungen haben die Erde schrumpfen lassen. Nichts Wichtiges geschieht auf dem Angesicht dieser Erde, ohne dass es uns von CNN, BBC, ARD oder n-tv taufrisch auf den Bildschirm im Wohnzimmer serviert würde. Live-Bilder werden in Sekundenschnelle per Satellit übertragen. Über 500 aktive Satelliten umwirbeln die Erde und senden Funksignale, Fernsehbilder, Telefongespräche und Faxbriefe in alle Welt. Die Globalisierung ist vor allem eine kommunikationstechnische.

Dass sich Telefone, Fernseher und Computer so schnell verbreitet haben, hat mit dem Zuwachs des weltweiten Waren- und Dienstleistungsmarktes zu tun. Seit Jahrzehnten ist ein hohes Wachstum des Welthandels zu beobachten. Selbst auf zunehmend höherem Niveau lässt dieser Trend kaum nach. Der Handel hat sich schneller als die Produktion ausgeweitet. Das war nur möglich durch eine wirtschaftliche Liberalisierung und den Abbau von Handelsbeschränkungen, Schutzzöllen und Protektionsmechanismen. Zwischen 1970 und 1997 wuchs die Zahl der Länder, die ihre Kontrolle über die Importe von Waren und Dienstleistungen abgeschafft haben, von 35 auf 137.² Auch Entfernungen spielen für den weltweiten Handel keine bedeutende Rolle mehr: Der Transport von Hongkong nach Amsterdam kostet nicht mehr als derjenige von Amsterdam nach München. Kostengünstige Herstellung und niedrige Preise werden also nicht mehr von langen Handelswegen aufgefrassen, sondern kommen dem Verbraucher zugute, der sich über billigere und bessere Produkte freuen kann.

Die positiven Auswirkung der Globalisierung und die Globalisierungsthese

Nun muss der Zuwachs des Welthandels an sich nichts Schlechtes sein. Auch muss die Ausdehnung der weltweiten Vernetzung und Kommunikation nicht negativ beurteilt werden. Eine weltweite Informationsgesellschaft ist der beste Garant gegen Diktatur und Verdummung, Tyrannei und Unterdrückung. Und ein florierender Welthandel ist der Motor wirtschaftlichen Wachstums. Ohne den Handel über Grenzen und Kontinente hinweg könnten Produkte und Innovationen ihre dynamische Kraft nicht entfalten. Der liberalisierte Warenaustausch hat den davon profitierenden Ländern und Gesellschaften zweifellos ein hohes Maß an Wohlstand gebracht. Darum gibt es auch zahlreiche Experten, die mit Fug und Recht die Auffassung vertreten, die Globalisierung mit ihren Liberalisierungen und Vernetzungen bringe vielen Menschen wirtschaftliche Vorteile. Statistiken belegen, dass

² Hans-Peter Martin und Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Rowohlt 1996, S. 78.



Staaten, die sich öffnen, den Handel liberalisieren und munter mit dem Weltmarkt interagieren, ein größeres Wirtschaftswachstum und vermehrten Wohlstand erleben. Insofern haben Globalisierungsbefürworter recht, wenn sie sich von der Globalisierung neue Impulse und Chancen für viele Menschen versprechen.

Die Globalisierung ist in den letzten Jahren sogar mit dem Argument vorangetrieben worden, dass mit dem Abbau von Handelsbeschränkungen und einer Ausweitung des Weltmarktes ein Ausgleich geschaffen würde zwischen den reichen und den armen Ländern, zwischen Nord und Süd. Ökonomen sprechen von der „Globalisierungsthese“, wonach sich durch eine weltweite Liberalisierung von Handel, Wirtschaft und Finanzen generell günstigere Chancen für Entwicklungsländer ergeben.

Richtig ist freilich, dass eine politische und wirtschaftliche Isolation häufig zu ökonomischer Stagnation oder gar wirtschaftlichem Rückschritt geführt hat: Nordkorea, Burma, Laos oder Rotchina vor seiner Liberalisierung sind dafür gute Beispiele. Umgekehrt gibt es eine Reihe von Ländern, die von einer handels- und wirtschaftspolitischen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt wirtschaftlich profitiert haben. China (nach seiner Liberalisierung) ist hier das Paradebeispiel. Aber auch Indien, einige ehemalige Ostblockländer und Vietnam könnten als Belege zitiert werden. Öffnung nach außen bedeutet Export, Import, Direktinvestitionen, Joint Ventures, Devisen, neue Technologien, Ankurbelung der Kaufkraft, neues Know-How, neue Arbeitsplätze, neue Impulse für Bildung, Berufe und Demokratie-Verständnis. Liberalisierung und Öffnung ist fast immer gleichzusetzen mit persönlicher Freiheit und unternehmerischer Initiative.

Nun mag man zwar einwenden, dass von der Öffnung der Märkte eher die Industrienationen als die Entwicklungsländer profitiert haben. Tatsache ist jedoch, dass die Liberalisierung des Handels nachweislich auch den Entwicklungsländern genützt hat, wenn man die statistischen Exportzahlen der letzten Jahre zugrunde legt und die Entwicklungsländer als einheitliche Gruppe betrachtet. Insbesondere Ostasien und Pazifik sowie Südasien haben ihre Exporte (gemessen in Prozent vom Bruttosozialprodukt) steigern können.³ In den letzten dreißig Jahren stieg das Pro-Kopf-Realeinkommen der neu-industrialisierten Länder Asiens um das Siebenfache; gleichzeitig nahm ihr Anteil am Welthandel um mehr als das Vierfache zu.⁴ Auch die Direktinvestitionen in diese Länder stiegen in den letzten Jahrzehnten erheblich. Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Direktinvestitionen nimmt ständig zu. Größter Nutznießer dieser Investitionen war, wie man erwarten würde, die Region Südostasien und Pazifik, vor allem China. Doch die optimistische Globalisierungsthese übersieht einige Probleme:

Probleme der Globalisierungsthese

Das erste Problem ist, dass nicht alle Entwicklungsländer von diesem Trend der Marktöffnung und Handelsliberalisierung profitiert haben. Gerade viele afrikanische Staaten bleiben von diesen Erfolgen unberührt, werden mehr und mehr marginalisiert, erfahren statt eines Wirtschaftswachstums Stagnation und Rückschritt und sind offenbar nicht in der Lage, Marktöffnung in Wirtschaftswachstum und Wohlstand umzusetzen. Das mag mit der fehlenden wirtschaftlichen Dynamik in diesen Ländern zu tun haben, oft auch mit schlechter Regierungsführung oder mit dem Verfall der Rohstoffpreise.

Ein zweites Problem dieser positiven Einschätzung der Globalisierung besteht darin, dass diejenigen Entwicklungsländer, die in der Vergangenheit vom Weltmarkt profitiert haben,

³ Ostasien und Pazifik von 23,2 auf 32,2 Prozent in der Zeit von 1980 bis 1994 (Quelle: World Bank, in: Peter Behrens et al., Die Entwicklungsländer im Zeitalter der Globalisierung, Sonderdruck Duncker & Humholt, Berlin, S. 92.

⁴ Martin Wolf, Markt für die Armen, in: epd-Entwicklungspolitik, August 97, S. 15.



sich nur unter ganz bestimmten, für sie günstigen Voraussetzungen dem Weltmarkt geöffnet haben – Länder wie Korea, Taiwan, Malaysia, aber auch Indien und China. Einige dieser Länder haben ihre Volkswirtschaften in einigen Sektoren vom Weltmarkt abgeschirmt, um zunächst eigene Industrien aufzubauen. Gerade Indien hat die multinationalen Konzerne in Schranken gehalten, um ausländische Technologie zur Entwicklung eigener Industrien zu nutzen.

Öffnet sich ein Entwicklungsland jedoch uneingeschränkt dem Weltmarkt, dann passiert es in der Regel, dass zunächst die Zahl der Importe steigt, weil die Eliten dieser Länder Geld genug haben, um die begehrten Produkte der Industrieländer zu kaufen, ohne dass der Umfang der eigenen oft viel zu billigen Rohstoff-Exporte diese Einfuhren wettmachen könnte. Die Folge davon ist eine unausgeglichene Handelsbilanz und ein Anwachsen der Auslandsverschuldung. Die hohen Schulden wiederum führen dazu, dass die Regierungen dieser Länder einen großen Anteil ihres Haushaltes für die Rückzahlung von Krediten aufwenden müssen und zu wenig Geld für Bildung und Gesundheit haben, um den Allerärmsten aus der größten Not zu helfen.

Drittens kommt noch der beklagenswerte Umstand hinzu, dass die Entwicklungsländer durch internationale Handelsvereinbarungen zwar dazu veranlasst werden, ihre eigenen Märkte den westlichen Produkten zu öffnen, die Industrienationen durch die Subventionierung ihrer eigenen Produkte es den armen Ländern aber schwer machen, sich auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Die Industrieländer wenden etwa siebenmal so viel für die Subventionierung ihrer Landwirtschaft auf, wie sie für die Entwicklungshilfe ausgeben.⁵ Was beispielsweise als Hilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Bauern in Frankreich gedacht ist, wirkt sich verheerend auf die Chancen der armen Länder aus, landwirtschaftliche Produkte in Europa zu vermarkten.

Man sieht: Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb viele Entwicklungsländer nicht die Segnungen der Globalisierung genießen können. Doch was immer die Ursachen sein mögen, der Tatbestand ist nicht zu übersehen, dass diese Nationen es nicht schaffen, von der Öffnung der Märkte zu profitieren, und dass sie weiter in bitterer Armut verharren beziehungsweise in noch tiefere Armut versinken. Die Globalisierungsthese ist also nur teilweise richtig.

Gefährliche Tendenzen der letzten Jahre

Die Tendenzen, über die wir bisher gesprochen haben, sind Entwicklungen, die sich nun schon seit einigen Jahrzehnten abzeichnen. Sie sind es jedoch nicht, die das Besondere an dem populär gewordenen Begriff der Globalisierung ausmachen. Das eigentlich Neue und Problematische daran hat vielmehr mit drei Entwicklungen zu tun, die man so überschreiben könnte: (1) das globalisierte Kapital (also das Anwachsen der Finanzflüsse); (2) der globalisierte shareholder value (also das Gewinnstreben insbesondere der multinationalen Aktiengesellschaften) und (3) die globalisierte Arbeit (also die Verbilligung der Löhne).

Ein wesentlicher Aspekt des Globalisierungsproblems ist das rapide Anwachsen des internationalen Zahlungsverkehrs, der ungehinderte Fluss des Geldes auf dem Weltmarkt und damit der globalisierte Finanzmarkt mit all seiner Unberechenbarkeit und Unbeständigkeit. George Soros, Investment-Experte und Globalisierungskritiker, versteht

⁵ 360 Milliarden Dollar für die Subventionierung der Landwirtschaft gegenüber 53,7 Milliarden für die Auslandshilfe (Nettobetrag). Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1999. Vgl. Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2001, Tabelle III. Zitiert nach George Soros, Der Globalisierungs-Report – Weltwirtschaft auf dem Prüfstand, Rowohlt Taschenbuch, S. 41.



unter Globalisierung vor allem „den freien Kapitalverkehr und die wachsende Dominierung der Volkswirtschaften durch globale Finanzmärkte und multinationale Unternehmen“.⁶

Die Liberalisierung des Finanzmarktes hat so etwas wie eine Revolution ausgelöst. Mit Devisenumsätzen von über 1,5 Billionen Dollar am Tag sind die Finanzmärkte in unvorstellbare Dimensionen vorgedrungen. Dabei kehren über 80 Prozent dieser Finanzflüsse innerhalb von nur sieben Tagen an ihren Ursprungsort zurück. Der Löwenanteil der Umsätze dient somit nur der Realisierung kurzfristiger Gewinne – Geschäfte mit spekulativem Charakter. Nur noch zwei Prozent der Devisenumsätze dienen unmittelbar der Finanzierung von internationalem Warenaustausch und Investitionen.

Dieser gigantische und ungehinderte Fluss des Kapitals hat auf der einen Seite sicherlich mit der weltweiten Computervernetzung der Banken, Versicherungen und Investmentfonds zu tun; er ist aber vor allen Dingen auf strategische Entscheidungen zurückzuführen, die in der Zeit Reagans und Thatchers getroffen wurden. Sämtliche Kapitalverkehrskontrollen sind seit Mitte der siebziger Jahre sukzessive aufgehoben worden, nicht zuletzt auf Druck der multinationalen Wirtschaftsunternehmen. Diesen Entscheidungen lag die These zugrunde, der freie Markt werde für alle Menschen größeren Wohlstand bedeuten. Diese Hoffnung ist jedoch gründlich gescheitert. Vielmehr kommt ausgerechnet George Soros, der selbst von diesem freien Kapitalmarkt profitiert hat und dadurch zum Multimilliardär wurde, zu dieser Schlussfolgerung:

„Die Globalisierung der Finanzmärkte hat den Wohlfahrtsstaat, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, zum Auslaufmodell gemacht, denn es ist viel schwieriger geworden, ihn zu finanzieren: Im Gegensatz zu den Menschen, die ein soziales Sicherheitsnetz benötigen, kann das Kapital, auf das der Wohlfahrtsstaat Steuern erhob, das Land verlassen.“⁷

Die Gefahren des frei fließenden Kapitals

Nun müssen Geld und Reichtum nichts Verwerfliches sein. Und die Verfügbarkeit großer Kapitalmengen auf dem Weltmarkt ist zunächst ein Ausdruck von Wohlstand und Reichtum. Mit Geld könnte man allerhand Nützliches beginnen. Kapital kann dazu verwendet werden, sinnvolle Investitionen zu tätigen, Wachstum durch Konsum anzukurbeln, Steuern auf Zinsgewinne zu generieren und damit soziale Leistungen zu finanzieren oder uneigennützig Hilfe zu leisten. Doch wohnen dem Kapital meist ganz andere Tendenzen und Gefahren inne.

1. *Kapital und Markt sind amoralisch.* Das heißt, dass sie meist unabhängig von moralischen Ansprüchen und sozialen Notwendigkeiten auftreten. Menschen handeln aus Eigeninteresse ohne Rück--sicht auf die Konsequenzen für andere.

2. *Kapital ist rastlos.* Weil es oft über Nacht von einem Teil der Welt in einen anderen fließen und ebenso schnell wieder abfließen kann, sind die Finanzmärkte hochgradig unbeständig, instabil und damit krisenanfällig.

3. *Kapital flüchtet vor Besteuerung.* Wo auf das Kapital Steuern erhoben werden, zieht es sich zurück und wandert ab. Es sucht sich Länder mit niedrigen Steuersätzen oder besser noch: Steueroasen, wo überhaupt keine Steuern erhoben werden. Hinzu kommen Steuertricks und Bilanzierungskosmetik, um so die Besteuerung zu reduzieren. Große multinationale Konzerne zahlen heute vergleichsweise wenig oder keine Steuern. Das Ergebnis: Obwohl immer mehr Kapital vorhanden ist, sind immer weniger Gelder für soziale Zwecke verfügbar.

⁶ Soros, Der Globalisierungs-Report, S. 7.

⁷ Soros, Der Globalisierungs-Report, S. 15.



4. *Kapital drängt nach Vermehrung.* Es geht dorthin, wo die höchsten Zinsen bezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, wer letztlich diese Zinsen bezahlen muss. Die Asienkrise hat gezeigt, dass die Allerärmsten die Gewinne der Reichen bezahlen mussten. Daraus ergibt sich:

5. *Auf dem Kapitalmarkt gibt es Gewinner und Verlierer, ohne dass die Gewinner die Verlierer entschädigen würden.* Gewinner sind meist die Reichen, Verlierer die Armen. Dadurch vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich.

6. *Kapital und Finanzmärkte können die Armen gefährden, ohne dass ihnen ein soziales Netz zur Verfügung stünde.* In vielen armen Ländern sind überhaupt keine sozialen Netze vorhanden. In den reichen Ländern, wo sie vorhanden sind, werden sie mehr und mehr durchlöchert und abgebaut, wie wir inzwischen auch in Deutschland feststellen müssen.

Zugewinne ohne Wirtschaftswachstum

Der Globalisierungsexperte Elmar Altvater hat darauf hingewiesen, dass es in den achtziger Jahren einen Paradigmenwechsel auf dem Finanzmarkt gab, der zu einer Art Revolution im Umgang mit dem Kapital führte und letztlich auch die großen Finanzkrisen, so auch die Asienkrise, hervorrief. Damals bedienten sich einige Volkswirtschaften, vor allem in Asien, eines gefährlichen Tricks, um die drohende Abwertung ihrer (eng an den Dollar gebundenen) einheimischen Währungen zu verhindern: Sie erhöhten die Zinsen, um dadurch Kapital vom Weltmarkt anzuziehen und auf diese Weise die einheimische Währung künstlich stabil zu halten.

Eine der Folgen war, dass die Zinsen die realen Wachstumsraten überstiegen. Wenn Kapitalanleger aber durch bloße Geldanlagen mehr Zugewinne machen können als durch Investitionen in Produktionsstätten, erliegen sie der Verlockung kurzfristiger Zinsanlagen, statt ihr Geld in sinnvollere und längerfristige Produktionsanlagen zu investieren, die Arbeitsplätze, neue Produkte, neue Märkte und realen Wohlstand schaffen. Kapitalanleger sind auf diese Weise in der Lage, ihr Geld überproportional zu vermehren, d. h. die Zugewinne sind höher als die Produktionssteigerungen. Dies erlaubt es den Anlegern, ihr Kapital zu vermehren, ohne das Bruttosozialprodukt zu steigern.

Das ist jedenfalls eine Erklärung dafür, dass heute nur noch ein geringer Teil der täglichen Finanzflüsse für Handel und Investitionen eingesetzt wird (zwei bis fünf Prozent), während der weitaus größte Teil für kurzfristige spekulative Anlagen verwendet wird. Diese Zinsanlagen werfen zwar höhere Gewinne ab, sind aber für die Anleger – und leider auch für die Volkswirtschaften – volatil und darum risikoreicher.

Exkurs 1:

Wie man zur Zeit der Asienkrise in kurzer Zeit Millionär werden konnte und dabei Millionen von Menschen in Armut stürzte

Um zu illustrieren, wie das Kapital durch Finanzspekulationen einerseits über Nacht dreiste Millionengewinne machen und andererseits ungezählte Menschen aus Arbeit und Lohn bringen kann, sei hier in vereinfachter Form dargestellt, wie man im Zuge der Asienkrise in kurzer Zeit zum Millionär werden konnte:

Am 1. Juli 1997 kann man in Indonesien einen US-Dollar noch für 2.500 einheimische Rupien kaufen. Viele Kapitalanleger sind zu der Zeit aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation im Lande der Meinung, die Rupie sei überbewertet. Diese gerät deshalb unter Druck. Das Vertrauen in die Währung schwindet dahin. Eine Abwertung droht. Als aufmerksamer Beobachter der Marktlage und Anlageberater auf der Suche nach satten Gewinnen nehme ich noch am selben Tag in der Hauptstadt Jakarta dank meines guten Rufs und meiner Bonität einen Kredit über 3.500.000.000 Rupien auf. Am



nächsten Tag eröffne ich in Jakarta ein Dollarkonto und tausche mein Darlehen in US-Dollar um: 3,5 Milliarden Rupien in 1,4 Millionen Dollar.

Weil ich nicht der einzige bin, der das Vertrauen in die Rupie verloren hat, tauschen auch andere ihre Rupien in Dollar um. Es kommt zu einem Run auf den Dollar. Die Rupie gerät dadurch noch mehr unter Druck und verliert innerhalb weniger Monate 80 Prozent ihres Wertes. Am 1. Juli 1998 muss man für einen Dollar bereits 15.000 Rupien hinblättern. Ein Urlaub auf Bali wird so günstig wie selten zuvor. Am 1. Juli 1998 wird mein Darlehen fällig. Mit dem Geld, das ich auf meinem Dollarkonto habe, zahle ich das Darlehen von 3,5 Milliarden Rupien zurück. Bei einem Umtauschkurs von nunmehr Rp 15000:1 \$ muss ich aber nur noch ($\$ 1.400.000 \cdot 15.000 =$) \$ 234.000, also rund eine Viertel Million Dollar, hinblättern. Es verbleiben mir auf meinem Dollarkonto ($1.400.000 - 234.000 =$) US-\$1.166.000. Ich löse mein Dollarkonto wieder auf und überweise die verbliebenen Dollar auf mein Konto in Liechtenstein. Innerhalb von zwölf Monaten bin ich um mehr als eine Million Dollar reicher geworden. (In Wirklichkeit dürften geschickte Anleger durch mehrere kurzfristige Devisenankäufe und -verkäufe noch höhere Gewinne gemacht haben.)

Während ich zufrieden bin, meine eine Million „Schäfchen“ im Trockenen zu haben, schliddert Indonesien aufgrund der Abwanderung von Kapital, der Abwertung der einheimischen Währung, der Zahlungsunfähigkeit vieler Kreditnehmer und der allgemeinen Verteuerung in eine ausgewachsene Wirtschaftskrise hinein. Viele mittlere Unternehmen gehen pleite. Insgesamt sieben Millionen Menschen verlieren ihren Job. Die Lebensmittelpreise und andere Verbrauchsgüter verteuern sich teilweise auf das Dreifache. Millionen von Menschen stürzen unter die Armutsgrenze. So geschah es im Jahr 1997. Man nannte diesen Effekt „Asienkrise“.

Wer bezahlt eigentlich die Spekulationsgewinne der Anleger? Die Antwort lautet: Meist sind es andere Spekulanten, aber oft genug sind es Volkswirtschaften und deren Bevölkerungen, die für die Korruption ihrer Regierungen und die Profitgier der Spekulanten büßen müssen.

Bei der Asienkrise sollte man tunlichst eine einseitige Bewertung vermeiden. Die Schuld ist nur zum Teil bei den Spekulanten zu suchen, die aus Gewinnstreben ihre Chancen genutzt haben. Sie ist auch bei den Regierungssystemen zu suchen, die aus einer falschen Wirtschaftspolitik heraus Fehlentwicklungen zuließen und bei der sich heranschleichenden Gefahr nicht rechtzeitig reagierten.

Es ist viel darüber geredet und geschrieben worden, wie man ähnliche Krisen wie die Asienkrise in Zukunft vermeidet. Ein wichtiger Lösungsansatz ist eine bessere Kontrolle und Überwachung der nationalen Wirtschaften, etwa ihrer Verschuldung oder ihres Handelsbilanzdefizits, um so die Anfälligkeit gegen Spekulanten zu verringern. Ein weiterer Lösungsansatz wäre es, die ungehinderten, meist spekulativen Finanzflüsse einzudämmen, was man am besten mit einer Besteuerung erreichen würde. Ich komme darauf noch zurück.

Wer nun meint, solche Krisen könnten nur korrupte „Bananen-republiken“ treffen und hätten für uns keinerlei Bedeutung, der irrt gewaltig. Auch unsere eigenen Volkswirtschaften werden anfälliger, weil das übermächtige Kapital seine eigene Dynamik entfaltet. Wir erleben derzeit, dass wir noch nie so viele Millionäre unter uns hatten, während die öffentlichen Kassen leer wie selten sind. Es sind in den letzten Jahren Unsummen von Vermögen vererbt worden, gleichzeitig wird es immer schwieriger, Millionäre und Unternehmer zu besteuern. Steuerfahnder können nicht so schnell reagieren wie die Vermögenden Schlupflöcher ausfindig machen. Während das Kapital ständig wächst, verlieren die Regierungen ihre Fähigkeit, den Sozialstaat und die Sozialsysteme aufrecht zu erhalten.

Die Multinationalen und der Shareholder Value

Mit Geld kann man allerlei anstellen: Man kann es ausgeben und etwas dafür kaufen, man kann damit am Devisenmarkt spekulieren (das bringt die höchsten Gewinne), oder man kann es investieren (in Firmen bzw. Aktien). Je mehr Kapital verfügbar ist, desto mehr drängt nach Vermehrung und nach Gewinn bringenden Anlagen. Das bringt uns zum zweiten großen Problem der Globalisierung.

Die Gewinnsucht als vornehmliches Ziel der Wirtschaft führt zu immer größerer Machtkonzentration der Großfirmen, die sich als multinationale Riesen mehr und mehr einer nationalen Kontrolle entziehen. Inzwischen dürfte es an die 50.000 Firmen geben, die in mehr als drei Staaten Betriebsstätten unterhalten. Sie gehen oft dorthin, wo die



Arbeitsplätze billig, die Sozialgesetze dürftig, die Gewerkschaften schwach und die Umweltauflagen kaum vorhanden sind.

Dafür, dass sie Milliarden Gewinne machen, zahlen die Konzerne erstaunlich wenig Steuern. Sie haben gelernt, ihre Gewinne dort auszuweisen, wo die geringsten Steuern erhoben werden, und ihre Verluste dort anzuzeigen, wo hohe Steuern anfallen. Und angesichts multinationaler und grenzüberschreitender Konzerne gibt es kaum eine globale Gesetzgebung oder Besteuerung, die hier für Ausgleich sorgen würde.

Dabei sind auch die großen Firmen Getriebene. Sie müssen sich ständig ihrer Konkurrenten erwehren, die lüstern bereitstehen, um eine feindliche Übernahme zu versuchen. Und wenn Umsatz und Gewinne nicht mehr stimmen, droht dem Unternehmen die Zerschlagung. Gerade weil so viel Kapital vorhanden ist, das jederzeit abwandern kann, unterliegen die Multis mehr denn je dem Druck des shareholder value. Der Erfolg der Firmenmanager wird von den Aktionären vor allem am Gewinn und an der Ausschüttung der Dividende gemessen. Die Gehälter der Manager wachsen proportional zu ihrer Fähigkeit, Firmengewinne durch Rationalisierungen und Entlassungen zu maximieren. Ich möchte das durch ein nicht ganz authentisches, aber dennoch reales Beispiel veranschaulichen:

Exkurs 2: Wie eigener Wohlstand arbeitslos macht

Elektroingenieur Ralph Schneider, 53, arbeitete Mitte der neunziger Jahre bei der Firma Mannesmann. 1996 stieg Mannesmann in den Telekommunikationsbereich ein, und Schneider wechselte ebenfalls in diesen Bereich. Er verdiente besser denn je, beerbte obendrein seine Tante und beschloss, sein gutes Geld in Aktien anzulegen. Er glaubte sich schlauer als andere Kleinanleger in Deutschland, die, als die Telekom an die Börse ging, Telekom-Aktien kauften, und beschloss, sein Geld stattdessen in Asien anzulegen. Er kaufte Anteile des aufstrebenden Hongkong-Konzerns Hutchison Whampoa, dessen Gründer Li Ka 50 Jahre zuvor ohne einen Cent aus China geflüchtet war und ein Imperium aufgebaut hatte. Hutchison hatte kurz zuvor mitgeholfen, den britischen Mobilfunk-Anbieter Orange aus der Taufe zu heben und besaß 45 Prozent der Anteile von Orange. Elektroingenieur Schneider versprach sich von seiner Investition bei Hutchison höhere Gewinne als durch die Telekom-Aktien – und sollte recht behalten.

1999 wollte Mannesmann in das Mobilfunkgeschäft einsteigen und beschloss, die britische Firma Orange zu kaufen. Mannesmann und Hutchison erreichten einen Deal: Hutchison tauschte seine Orange-Anteile (45 Prozent) gegen Mannesmann-Anteile ein (10 Prozent). Damit war Mannesmann im Mobilfunkgeschäft. Womit Mannesmann bei diesem Coup jedoch nicht gerechnet hatte: Auch die britischen Vodafone-Aktionäre drängten nach Expansion und höheren Gewinnen. Vodafone unterbreitete Mannesmann ein unmoralisches Angebot für eine feindliche Übernahme. Mannesmann-Manager Klaus Esser wehrte sich – aber nur so lange, bis es zu einem Vier-Augen-Treffen zwischen Esser und Vodafone-Chef Chris Gent kam, in das hinein Hutchison-Manager Canning Fok mit dem Vorschlag einer saftigen Abfindung in Höhe von 30 Millionen Dollar für Esser platzte. Hutchison versprach sich von der Übernahme Kursgewinne seiner eigenen Mannesmann-Anteile.

Ergebnis: Die Vodafone-Gruppe schluckte Schneiders Arbeitgeber. Der deutsche Konzern wurde zerschlagen. Die Mannesmann Röhrenwerke schlug man der Salzgitter-Gruppe zu, während der Mobilfunkbereich voll in der Firma Vodafone aufging. Obwohl Vodafone versprach, die Mannesmann-Belegschaft nicht zu entlassen, wurde mit Schneider nach einer kurzen Krankheit ein Vorruhestand ausgehandelt. Er hatte guten Grund, mit seinem Schicksal zu hadern, weil er als Aktionär mit seiner eigenen Anlage zum Verlust seines Jobs beigetragen hatte. Ihm blieb lediglich der Trost, dass der Wert seiner Aktien bei Hutchison inzwischen gestiegen war.

Zwar wird nicht jeder gut verdienende Anleger auf derart ironische Weise seinen Arbeitsplatz verlieren, wie dies im oben beschriebenen Exkurs 2 veranschaulicht wird, doch gibt es keinen Zweifel daran, dass der Druck der Kapitalanleger und Aktionäre zur Produktivitätssteigerung führt und damit auch Arbeitslosigkeit verursacht. Um Profit und



Produktivität zu steigern, wird menschliche Arbeitskraft geopfert. Produktivität wird nicht nur durch effizienteres Arbeiten erreicht, sondern wesentlich auch durch Rationalisierung, Computerisierung, Automatisierung. Hinzu kommen Lohnsenkungen, Verschlangung (Downsizing), Auslagerung von Teilproduktionen (Outsourcing), Umorganisation (Reengineering). Begründet werden diese Maßnahmen nicht zu Unrecht mit der Notwendigkeit, konkurrenzfähig zu bleiben. Doch ist das nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte ist: Nur so können den Aktionären und Kapitalanlegern hohe Gewinne ermöglicht werden. Seit Jahren steigt die Produktivität schneller als die Wirtschaftsleistung. Gibt eine Firma Massenkündigungen bekannt, steigt der Aktienkurs. Dass einem großen Teil der Bevölkerung dabei die Lebensgrundlage entzogen wird, ist eine Begleiterscheinung, die die Unternehmen in Kauf nehmen und gegen die wir kaum Mittel haben. Das Kapital frisst seine Kinder.

Wenn Entlassungen, Automatisierung, Rationalisierung und Lohnflexibilisierung nicht ausreichen, wird zu noch drastischeren Mitteln gegriffen – Fusionen oder feindlichen Übernahmen. Amerika hat es vorgemacht. Gab es etwa vor 30 Jahren noch Dutzende von Fluggesellschaften, so ist ihre Zahl heute auf eine Handvoll geschrumpft. Auch in Europa ist die Welle der Fusionen noch nicht vorbei. Sie werden nicht nur veranstaltet, wenn die Firmen vor dem Aus stehen, sondern auch dann, wenn es ihnen wirtschaftlich bestens geht.

Die Globalisierung der Arbeit

Wer genug Kapital angehäuft hat, um locker davon leben zu können, ist beim Globalisierungsrölette schön aus dem Schneider. Der muss nicht arbeiten, muss nicht um seinen Job bangen und kann stattdessen als Aktionär Druck auf die Manager machen, damit Zinsen und Gewinne stimmen. Wer jedoch nicht genug Kapital hat und weiterhin von seiner eigenen Hände Arbeit abhängig ist, muss um seine Arbeitsstelle bangen und notfalls auch für weniger Geld arbeiten. Der muss auch den Sozialabbau und damit ein Absinken des Lebensstandards hinnehmen.

Die Globalisierung und damit die Verbilligung der Arbeit ist ein weiteres großes Problem der internationalisierten Wirtschaft. Wir können von der „Globalisierung der Arbeit“ sprechen. Um Produktionskosten zu senken, werden personalintensive Produktionsstätten ins Ausland gelegt, wo nur Billiglöhne gezahlt werden. Und auch hierzulande wird immer mehr Arbeit an Ausländer vergeben, die aus Polen, Tschechien, Litauen oder Russland zu uns kommen. Zwar gestatten diese östlichen Gastarbeiter es vielen Firmen, ihren Auftraggebern günstigere Angebote zu unterbreiten, aber sie tragen auch zur Senkung der Mindestlöhne und zu einer Gefährdung unseres Gehaltsgefüges bei.

Wo die Kosten nicht durch billige Arbeitskräfte gesenkt werden können, werden ganze Firmensparten ins Ausland verlegt oder – noch besser – es werden Teilaufträge an ausländische Subunternehmer vergeben. Die große Transport- und Umzugsfirma Kühn&Nagel beispielsweise, die früher große LKW-Flotten ihr Eigen nannte, besitzt heute kaum noch einen einzigen Lastwagen, weil sie praktisch jeden Auftrag an slowenische, litauische oder türkische Kleinunternehmer vergibt, die ihren Fahrern weit weniger zahlen, als eine deutsche Firma ihren deutschen Truckern zahlen müsste.

Die Folge dieser Prozesse ist eine zunehmende Verarmung der Wohlstandsgesellschaften. In Großbritannien beispielsweise, wo die neoliberale Politik Thatchers zu mehr Wirtschaftswachstum und Unternehmensgewinnen führte, verarmt die Gesellschaft zusehends. Nach einer sehr umfassenden Untersuchung, an der vier britische Universitäten beteiligt waren, wuchs der Anteil der Armen auf der Insel von 14 Prozent 1983 auf 24 Prozent im Jahr 2000. Die Untersuchung fand heraus, dass 14,5 Millionen Menschen sich noch nicht einmal die grundlegendsten Notwendigkeiten wie Bettzeug,



Heizung und zwei Mahlzeiten am Tag leisten können. Jonathan Bradshaw von der University of York dazu: „Großbritannien steht jetzt am Scheideweg und muss wirksame Mechanismen einführen, um die schädlichen Strukturveränderungen zu stoppen und umzukehren, die in den letzten 20 Jahren zur wachsenden Armut und sozialen Ausgrenzung geführt haben.“⁸

Auch in Deutschland nahm die Armut allein von 1992 bis 2000 von 10,5 Prozent auf 13 Prozent zu. Von Armut ist in Deutschland die Rede, wenn das Jahreseinkommen die Hälfte des jeweiligen regionalen Durchschnittswertes nicht übersteigt. Über eine Million Kinder wachsen in Haushalten auf, die ausschließlich von Sozialhilfe leben. Die Sozialverbände sprechen von weiteren 700.000 Kindern, die in verdeckter Armut leben. Von verdeckter Armut spricht man, wenn Menschen sich scheuen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, obwohl sie ihnen zustünde. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich vergrößert. Die ärmsten 50 Prozent der deutschen Privathaushalte verfügen lediglich über 4,5 Prozent des Nettovermögens. Dagegen gibt es 1,5 Millionen Millionärshaushalte. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte halten 42 Prozent des gesamten Nettovermögens in Händen. Die sich verschärfende Armut in Deutschland ist angesichts des angehäuften Reichtums eigentlich ein Skandal. Der Bestand an Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich Ende 2002 auf 3,7 Billionen Euro. Selbst nach Abzug der Verbindlichkeiten verbleibt immerhin noch ein Vermögen von 2,2 Billionen, also von 2.200.000 Millionen Euro.⁹

Gibt es Lösungen?

Es wäre Augenwischerei, wollte man behaupten, wir hätten für alle diese Probleme auch geeignete Lösungen parat. Die Konkurrenz auf den Weltmärkten wird schärfer. Billigprodukte aus China oder Indonesien erlauben uns zwar immer noch einen erfreulichen Lebensstandard, aber leider um den Preis größerer Arbeitslosigkeit, weil hiesige Firmen schließen müssen. Was hierzulande nicht durch Lohnsenkungen aufgefangen werden kann, muss durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden, damit die Firmen und ihre Produkte konkurrenzfähig bleiben. Innovationen und die Ausweitung der Produktpalette können zusätzliche Kaufanreize bieten, aber die Marktsättigung wird immer schneller erreicht. Wir erleben gegenwärtig, dass es für viele unserer Probleme keine Lösungen, jedenfalls keine schmerzfreien Lösungen gibt. Deshalb sollte man die negativen Auswirkungen der Globalisierung nicht schönreden, aber doch nach Wegen der Gegensteuerung suchen, um die Probleme besser „managen“ zu können und für das eine oder andere Problem zumindest Lösungsansätze ins Auge zu fassen.

Angesichts der Risiken der Globalisierung insbesondere für die Ärmsten dieser Welt erscheinen mir vor allem vier Dinge notwendig: erstens eine bessere Überwachung und stärkere Kontrolle der Kapitalflüsse. Zweitens eine drastische Erhöhung der Mittel, die den armen Ländern zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und zur Armutsbekämpfung zugeführt werden. Drittens eine bessere Selbstkontrolle der multinationalen Unternehmen. Viertens eine Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur. Dazu möchte ich auch anregen, über eine Weltzentralbank und eine Welteinheitswährung nachzudenken. Im Einzelnen:

Kapitalkontrolle

Kapital braucht Kontrolle, um die Volatilität der instabilen Märkte zu reduzieren. In erster Linie bedarf es der Überwachung und Steuerung des Kapitals durch die Länder selbst, damit

⁸ Zitiert nach einem Internetartikel vom 12. September 2000 unter:
www.namibian.com.na/2000/September/africa/ooA2367057.html

⁹ Quelle: Karl Mai, Uni Bremen, unter: www.memo.uni-bremen.de/docs/m6603.pdf (Stand 2006)



nicht durch unbeaufsichtigte und unbegrenzte Finanzflüsse Risiken geschaffen werden, die sich irgendwann in einer großen finanziellen Explosion oder Implosion entladen. Daher ist eine gute Aufsicht durch die Landeszentralbanken unabdingbar.

Man könnte auch – wie Chile es vorgemacht hat – Finanzflüsse dahingehend einschränken, dass Gelder, die ins Land hereinfließen, nur dann wieder abfließen dürfen, wenn sie eine Mindestzeit (etwa von einem Jahr) im Lande verbleiben. Auf diese Weise können längerfristige Investitionsgelder ungehindert ins Land kommen und später als Gewinne zurückfließen, während kurzfristige Spekulationsgelder fernbleiben.

Schließlich könnten die enormen spekulativen Finanzflüsse reduziert werden, indem man sie besteuert. Eine solche „Tobin-Steuer“ – nach dem amerikanischen Nobelpreisträger James Tobin benannt – würde auf alle Finanztransaktionen erhoben, um die spekulativen Geschäfte zu reduzieren und die Finanzmärkte weniger krisenanfällig zu machen. Die Tobin-Steuer würde irgendwo zwischen 0,05 und 0,5 Prozent des transferierten Geldes liegen. Für die Abwicklung des internationalen Warenhandels und die Finanzierung langfristiger Investitionen wäre dieser minimale Aufschlag relativ unbedeutend. Kurzfristige Spekulationsgeschäfte würden hingegen so verteuert, dass sie sich oft nicht lohnten.

Die Tobin-Steuer hätte den großen Vorteil, dass sie alles transferierte Kapital direkt besteuern, die spekulativen Finanzflüsse wesentlich reduzieren und darüber hinaus erhebliche Finanzmittel generieren würde, die dann etwa für die Armutsbekämpfung verwendet werden könnten – und sollten! Auf diese Weise würde die Steuer für einen Ausgleich sorgen zwischen denen, die Kapital haben, und denen, die arm sind.

Die Tobin-Steuer hat jedoch den Nachteil, dass sie nur funktionieren könnte, wenn alle Länder mitmachen – oder doch zumindest die großen Wirtschaftsblöcke. Das ist nur möglich, wenn der politische Wille der wichtigsten Wirtschaftsmächte dafür vorhanden ist. Eine weitere Schwäche der Tobin-Steuer ist, dass sie große Finanzkrisen wie die Asienkrise nicht verhindern könnte. Wo hohe Spekulationsgewinne erwartet werden, wird eine geringe Transaktionssteuer keine Behinderung für Spekulanten darstellen. Der Frankfurter Wirtschaftsfachmann Paul Bernd Spahn hat daher eine abgewandelte Steuer vorgeschlagen, die man nach ihm auch Spahn-Steuer genannt hat. Sie würde innerhalb bestimmter Wechselkursschwankungen nicht anfallen, bei größeren Schwankungen jedoch greifen, um Spekulationen auf Währungsabwertungen zu verhindern bzw. zu besteuern. Es spricht m. E. nichts dagegen, beide Steuern einzuführen.

Erhöhung der Mittel für die Armutsbekämpfung

Die Vereinten Nationen und viele Experten sind sich darüber einig, dass die weltweite Armut nur dann wirklich und wirksam bekämpft werden kann, wenn die finanziellen Mittel, die vom Norden in den Süden fließen, erheblich erhöht werden. Die U.N. sprechen von der Notwendigkeit einer Verdoppelung der offiziellen Entwicklungshilfe von rund 50 Milliarden auf etwa 100 Milliarden Dollar. Eine solche Aufstockung würde nur einen Bruchteil der Budgets der Industriestaaten ausmachen, aber eine große Wirkung auf die armen Länder haben. Ohne Erhöhung der Finanzflüsse in die Entwicklungsländer würde die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern vermutlich noch wachsen, die Gefahr eines Kulturkampfes sich erhöhen, der Terrorismus eher zu- als abnehmen und auch der Zufluss von Asylbewerbern und Wirtschaftsflüchtlingen in die wohlhabenden Nationen weiter anwachsen.

Obwohl diese Gefahren mehr oder weniger deutlich erkannt wurden, scheinen die westlichen Nationen nicht willens zu sein, ihre offizielle Entwicklungshilfe aufzustocken. Aus diesem Grund gibt es Überlegungen, wie man den armen Ländern trotzdem helfen kann.



Ein Weg wäre die Einführung der bereits erwähnten Tobin-Steuer. Experten schätzen, dass schon durch einen Steuersatz von nur 0,05 Prozent jährlich zirka 100 Milliarden Dollar aufgebracht würden. Bei einer höheren Besteuerung (von 0,25 bis 0,5 Prozent) würden, selbst bei stark reduzierten Finanzflüssen, 300 und mehr Milliarden US-Dollar pro Jahr zusammenkommen. Ein guter Grund also, die Tobin-Steuer ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Einen anderen Vorschlag hat George Soros, der erfolgreiche Spekulant, gemacht. Er schlug vor, dass der Internationale Währungs--fonds allen Mitgliedsländern Sonderziehungsrechte (SZR) zuteilt, um ihre Finanzkraft zu erhöhen. SZR sind eine Art Kunstgeld, das die Mitgliedsländer in Dollar, Euro oder Yen umtauschen können, was zu einer Erhöhung der umlaufenden Geldmenge führt. Soros schlägt vor, dass die SZR nur dann an die reichen Länder ausgezahlt werden sollten, wenn diese vorher genau festlegen, welche sozialen und ökologischen Aufgaben sie damit erfüllen wollen. Auf diese Weise könnten viele Programme der Armutsbekämpfung finanziert werden. Der Vorteil der Sonderziehungsrechte liegt darin, dass sie keine Regierung etwas kosten. Soros schätzt, dass zirka 27 Milliarden Dollar zusammenkämen – also mehr als 50 Prozent der gegenwärtigen offiziellen Entwicklungshilfe.

Einen weiteren Weg hat der britische Finanzminister Gordon Brown Anfang 2003 gewiesen. Er geht davon aus, dass die von den Vereinten Nationen angestrebte Armutshalbierung und die UN-Millenniumsziele (MDG) nur dann erreicht werden können, wenn sich die staatliche Entwicklungshilfe verdoppelt. Da dies aber bei den gegenwärtigen finanziellen Engpässen der Geberländer kaum möglich erscheint, hat Brown die so genannte International Finance Facility (IFF) vorgeschlagen. Mit dieser Einrichtung könnten die Geberländer an den internationalen Kapitalmärkten Anleihen (Bonds) aufnehmen und die zusätzlichen Mittel den Empfängerländern zur Erreichung der Millenniumsziele zur Verfügung stellen. Die Anleihen würden durch langfristige jährliche Leistungen der staatlichen Entwicklungshilfe abgesichert, zu denen sich die Geberländer für die nächsten 30 Jahre schon jetzt verpflichten würden. Diese Leistungen würden die Geberländer dann nicht mehr direkt an die Empfängerländer, sondern an die IFF leiten. Die IFF wiederum würde auf der Grundlage dieser verbindlichen Zusagen und der damit abgesicherten Anleihen bis 2015 – dem Jahr, an dem die Armutshalbierung erreicht werden soll – doppelt so hohe jährliche Finanzierungsbeiträge an die Länder vergeben, als dies mit der bisherigen Entwicklungshilfe allein möglich wäre. Man spricht hier von front loading, also vom Vorziehen der Hilfe, um jetzt einen dringend notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Gegen Ende der Lebensdauer dieser „Fazilität“ würde ein zunehmender Anteil dessen, was an die IFF gezahlt wird, dazu verwandt, die Anleihen zurückzuzahlen. Einer der Einwände gegen Browns Vorschlag ist die Befürchtung, dass die Geberländer sich weigern könnten, solche langfristigen Zahlungsverpflichtungen einzugehen.

Es gibt noch weitere kreative Vorschläge, mit Hilfe derer wir die Finanzhilfe für die Entwicklungsländer aufstocken könnten, wie etwa eine Flugbenzinsteuern. Derartige Vorschläge sollten intensiver diskutiert und vor allem: endlich umgesetzt werden.

Selbstkontrolle der multinationalen Konzerne

Angesichts der Gefahren, die von der Brutalität des Weltmarktes und des shareholder value ausgehen, müssen die Unternehmen an ihre soziale und gesellschaftliche Verantwortung erinnert werden. Schon seit geraumer Zeit ist es bei großen Unternehmen zwar durchaus üblich, sich über die corporate social responsibility (CSR) Gedanken zu machen; aber allzu oft dient diese Art der gesellschaftlichen Verantwortung (auch corporate citizenship genannt) der Imagepflege und der Produktaufwertung, weniger einer echten sozialen Verpflichtung. Manche sehen in der CSR nur das Feigenblatt eines „Ablass-Kapitalismus“. Mir



scheint es notwendig zu sein, ein social responsibility rating für Unternehmen einzuführen, also eine Bewertung und Einstufung hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Dazu müsste u. a. gehören, wie gut ein Unternehmen mit seinen Mitarbeitern umgeht, wie sozialverträglich Entlassungen und Einstellungen gehandhabt werden, wie umweltfreundlich das Unternehmen ist, ob der Standort Deutschland bevorzugt wird oder Produktionsstätten ins Ausland verlagert werden. Firmen, die mit Hilfe dieses Systems hoch eingestuft würden, sollten vom Kunden belohnt, andere hingegen bestraft werden. Damit würden nicht nur Produktpalette und Produktivität eines Unternehmens, sondern auch seine soziale Verantwortung zu einem Wettbewerbsvorteil bzw. -nachteil werden, so dass die aufgrund des Ratings gewonnene Rangfolge auch für die Aktionäre ein wichtiges Kriterium für den Investitionserfolg (return on investment) darstellen würde. Ich plädiere übrigens auch dafür, gesetzlich vorzuschreiben, dass angegeben werden muss, wo ein Produkt herkommt bzw. gefertigt wurde, damit der Käufer die Möglichkeit hat, sich zu entscheiden, welchem Herstellungsstandort er den Vorzug geben möchte.

Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur

Mit Finanzarchitektur ist vor allem das Schalten und Walten der so genannten Bretton-Woods-Institute, also der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), gemeint. Beide sind maßgeblich an Kreditvergaben an Entwicklungsländer beteiligt. Beide sind auch Schlüsselinstitute, um die Entschuldung der hoch verschuldeten armen Länder voranzutreiben und die Bedingungen dafür zu stellen. Eine ganz entscheidende Rolle kommt dem IWF zu, der im Fall von Finanz- und Wirtschaftskrisen einzelner Länder oder ganzer Wirtschaftsblöcke helfend einspringt, um diese Länder mit massiven Krediten vor der Insolvenz zu schützen.

Der Weltbank und dem Fonds haben Kritiker in den letzten Jahrzehnten immer wieder vorgeworfen, dass ihre Maßnahmen und Forderungen den armen Ländern letztlich nicht geholfen, sondern geschadet hätten. Insbesondere wurden die „Strukturanpassungsprogramme“ angeprangert, die der IWF Ländern vorschrieb, deren Kreditwürdigkeit in Frage stand. Inzwischen hat man die Strukturanpassungsprogramme durch so genannte Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) ersetzt, welche die betroffenen Länder selbst entwickeln müssen.

Die Asienkrise von 1997 bis 1999 legte einen grundsätzlichen Fehler der internationalen Finanzarchitektur offen: Während die reichen Industrieländer sich erlauben, bei Konjunkturschwächen im eigenen Land gegenzusteuern (etwa durch Zins- oder Steuersenkungen oder durch Haushaltsdefizite), forderte der IWF die unter Druck geratenen Entwicklungsländer meist auf, ihre Staatsausgaben zu senken und den Zinssatz anzuheben, was diese Länder noch weiter in die Krise trieb. Die USA und andere Länder verhalten sich also antizyklisch, während die IWF-Bedingungen prozyklischen Charakter haben. Der IWF forderte also von den armen Ländern oft das genaue Gegenteil von dem, was die USA in ähnlichen Fällen taten.

Sowohl die Weltbank als auch der IWF haben aus vergangenen Fehlern gelernt, sind aber immer noch schwerfällig in ihrer Anpassungsfähigkeit und bisher auch nicht sonderlich erfolgreich in ihrem Bemühen, die armen Ländern nachhaltig aus ihrer Armut zu befreien. Aus diesem Grund werden immer wieder Vorschläge für eine Umstrukturierung der internationalen Finanzinstitute gemacht. Einige dieser Vorschläge klingen zwar recht gut – wie etwa die Empfehlungen der vom US-Kongress einberufenen Metzler-Kommission zur Reorganisierung der Weltbank –, doch laufen sie letztlich darauf hinaus, die Handlungsfähigkeit der Bretton-Woods-Institute im Sinne der Armutsbekämpfung eher einzuschränken, und das könnte kontraproduktiv sein. Das Mindeste, was bei einer



Umstrukturierung angestrebt werden sollte, wäre eine bessere Stimmenverteilung (also mehr Stimmrechte für die armen Länder), damit die Industrienationen, die fraglos viel Geld in diese Institutionen geben, den Bretton-Woods-Institutionen nicht länger ihre eigene Politik aufzwingen, mit der sie sich selbst schadlos halten, aber den armen Ländern nicht wirklich helfen.

Weltzentralbank und Welteinheitswährung

Ein weiteres Problem der gegenwärtigen Finanzarchitektur ist das Fehlen einer Weltzentralbank, die über Finanzflüsse, Währungs-schwankungen und die nationale Finanzpolitik wacht. Gegenwärtig wird die Weltwirtschaftspolitik maßgeblich von den USA, genauer von der Federal Reserve und der US-Treasury, bestimmt. Diese intervenieren, sobald die Situation im eigenen Land es erfordert. Geraten jedoch die ärmeren Länder in Not, sehen sie meist keinen Handlungsbedarf. Auch die Europäische Zentralbank (ZEB) hat hier nur geringe Einflussmöglichkeiten. Obwohl die Einführung einer Weltzentralbank im Sinne der ärmeren Länder wäre, ist kaum damit zu rechnen, dass die USA das Heft aus der Hand geben.

Weil viele Finanzkrisen durch schwankende Wechselkurse ausgelöst werden und reiche Anleger dank solcher Wechselkursschwankungen zu enormen Gewinnen kommen, die letztlich von den Ärmern bezahlt werden müssen, wäre eine einheitliche Währung für die gesamte Welt sehr vorteilhaft. Leider wird über diese Möglichkeit so gut wie nie geredet. Eine Welteinheitswährung hätte den Vorteil, dass die ärmeren Länder keine Angst vor heftigen Wechselkursschwankungen und damit vor plötzlichen Abflüssen harter Devisen haben müssten.

Ein weiterer Vorteil der Welteinheitswährung wäre es, dass die ärmeren Länder wirtschaftlich mehr davon profitieren würden als die reichen. Ein anschauliches Beispiel dafür sind die Auswirkungen des Euro. Vor Einführung des Euro wurde die europäische Wirtschaftspolitik von der deutschen Währungspolitik, genauer: von der Bundesbank, dominiert. Die deutsche Wiedervereinigung erzeugte in Deutschland defizitäre Haushalte und Inflationsdruck, während im übrigen Europa Rezession und hohe Arbeitslosigkeit die Folge waren. Nach Einführung des Euro stagnierte die deutsche Wirtschaft, während die ärmeren europäischen Länder von der europäischen Einheitswährung profitierten. So könnte auch eine Welteinheitswährung die schwächeren Ökonomien stärken und die starken etwas schwächen. Es käme so zu einem Ausgleich zwischen Arm und Reich, während wir jetzt eine sich weitende Kluft erleben.

Ein Nachteil der Welteinheitswährung wäre es, dass eine solide nationale Wirtschaftspolitik und ein ausgeglichener Haushalt nicht länger – wie jetzt oft der Fall – mit einer starken, stabilen nationalen Währung belohnt und andererseits eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik und ein Defizithaushalt nicht mehr mit einer Währungsabwertung bestraft würden. Dieses Korrektiv würde wegfallen. Dennoch sollte man über die Einführung einer Welteinheitswährung intensiver nachdenken, weil sie bei einer zunehmenden Globalisierung und einer zu erwartenden weiteren Liberalisierung der Märkte die logische Konsequenz wäre.

Schlussfolgerung

Die Globalisierung ist irreversibel. Es gibt zu ihr keine Alternative. Wir befinden uns auf dem internationalen Tanzparkett und haben keine andere Wahl als zu tanzen. Aber: Die Globalisierung ist ambivalent. Das heißt: Sie hat positive und negative Auswirkungen. Und die Tendenz zu polarisieren. Sie gebiert Gewinner und Verlierer. Entfesselt und unkontrolliert,



kann sie launenhaft und unkalkulierbar sein und damit zu unberechenbaren und unvorhersehbaren Debakeln führen. Gleichwohl: Die Globalisierung ist auch steuerbar und muss deshalb auch global gesteuert werden. Sie darf sich nicht selbst überlassen bleiben. Die Regeln, nach denen wir tanzen, müssen definiert und kontrolliert werden, damit nicht allein Markt und Multis, Kapital und Kapitalisten die Nutznießer sind, sondern alle ihre Chance erhalten und möglichst viele auf der Gewinnerseite stehen.

(Stand 2005/06)